

Beschluss des Landrats vom 12.09.2024

Nr. 699

10. Sofortiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien 2022/364; Protokoll: cr

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) führt aus, 413 Lehrerinnen und Lehrer hätten 2022 eine Petition mit dem Titel «Sofortiger und massiver Ausbau erneuerbarer Energien» eingereicht. Der Landrat hat diese Petition als Postulat überwiesen. Diese Lehrerinnen und Lehrer sind der Meinung, dass man die Mittel für die Importe fossiler Energien – immerhin CHF 8 Mio. im Durchschnitt der letzten 10 Jahre – für Innovationen, Forschung, Entwicklung und Arbeitsplätze für erneuerbare Energien in der Schweiz einsetzen sollte. Ihr Vorschlag lautete, erstens die Sonnenenergie auf allen möglichen Schulanlagen im Kanton sofort und massiv auszubauen, und zweitens, alle Schulanlagen energetisch zu sanieren und mit nachhaltigen Energiesystemen auszurüsten. Zudem möchten sie, dass der Kanton ein umfassendes Förder- und Informationsprogramm lanciert, in dessen Zentrum erneuerbare Energien und energetische Massnahmen an Gebäuden stehen sollten. In ein umfassendes Informationsprogramm zum Energiesparen sollten alle Beteiligten, vor allem auch die Gemeinden, einbezogen werden. In seinem Bericht zum Postulat legt der Regierungsrat dar, was er bisher unternommen hat – und das ist nicht wenig. 2014 waren auf den Bildungsbauten nur 290 m² Photovoltaik installiert. Ende 2022 waren es immerhin 4'400 m², was einer Leistung von 1'100 kWp oder dem Bedarf von über 220 Einfamilienhäusern entspricht. Seit 2022 wird bei jedem Bauprojekt wie auch bei jeder Dachsanierung eine Photovoltaikanlage vorgesehen. Das sind nochmals fünf Anlagen mit 1'400 kWp. 2024 sind weitere fünf Anlagen mit einer Leistung von 550 kWp in Planung. Dies ergibt eine Leistung von ungefähr 3'000 kWp, was etwa jener einer modernen Windturbine entspricht. Auch bei der energetischen Sanierung und dem Aufbau der Heizungssysteme habe der Kanton Fortschritte gemacht. Etwa 85 % der kantonalen Schulen seien an einem erneuerbaren Heizungssystem angeschlossen. Weitere seien im Umbau und würden energetisch saniert, zum Beispiel das Gymnasium Oberwil, oder befänden sich in Planung, so die Sek I Muttenz Hinterzweien, Sek I Allschwil Letten/Breite, Sek I Pratteln Fröschmatt und die Sek I Frenkendorf. Mit dem Baselbieter Energieprogramm und der Kommunikation und Beratung dazu stehen gemäss Regierungsrat genügend Fördermittel zur Verfügung. Mit den Informationen zum Energiesparen im Rahmen der Vorbereitung auf eine mögliche Energiemangelange seien zudem grosse Anstrengungen für die Information der Bevölkerung unternommen worden. Daher beantragt der Regierungsrat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

Eintreten war in der Umweltschutz- und Energiekommission unbestritten. Während den Beratungen kritisierte ein Teil der Kommission, dass der Ausbau der Photovoltaik auf den Kantonsgebäuden immer noch zu wenig schnell vorwärtsgehe. Dem entgegnete die Verwaltung aber, dass der Bau einer Photovoltaik-Anlage in den meisten Fällen dann sinnvoll und wirtschaftlich sei, wenn gleichzeitig das Dach saniert werde. Zudem seien die finanziellen Möglichkeiten des Kantons beschränkt. Auch das Contracting sei für den Kanton keine Lösung. Einerseits seien die damit verbundenen Dienstleistungen komplex und der Kanton würde dann auch seiner Vorbildrolle nicht mehr gerecht. Weiter wurde bemängelt, dass der Kanton seine weitere Strategie nicht darlegen könne und keine Übersicht über sein Portfolio habe aufzeigen können. Die Kommissionsmehrheit war aber zufrieden mit der Geschwindigkeit der Realisierung von Photovoltaik-Anlagen auf Kantonsbauten und mit dem Vorgehen des Regierungsrats. Sie kann das Postulat mit gutem Gewissen als erfüllt abschreiben. Das sahen aber nicht alle so, weshalb die Kommission dem Landrat mit 8:5 Stimmen Abschreibung des Postulats beantragt.

– *Eintretensdebatte*

Matthias Ritter (SVP) sagt, das Postulat fordere einen massiven Ausbau erneuerbarer Energie. Der Regierungsrat hat der Kommission ausführlich darüber berichtet, was der Kanton unternimmt, wie der Kommissionspräsident bereits ausgeführt. So ist der Kanton auch künftig gerüstet und es wird alles Nötige saniert. Die SVP-Fraktion wird der Kommission folgen und ist für Abschreiben.

Ursula Wyss Thanei (SP) erklärt, das Postulat ergebe aus Sicht der SP-Fraktion aus folgenden Gründen Sinn. Es ist klar: Die Forderung, die Photovoltaik allgemein auf Kantonsgebäuden und insbesondere auf Schulbauten sofort und massiv auszubauen, ist mit diesem Wortlaut nicht realisierbar, auch wenn man es wüsste. Aber man muss sich auch darüber im Klaren sein, dass auf den Schulbauten noch ein grosses Potential an Fläche vorhanden ist. Daher hätte man sich vom Regierungsrat Überlegungen dazu erhofft, ob und wie eine Beschleunigung des Photovoltaik-Zubaus insbesondere auf Schulbauten möglich wäre. Ein Grund dafür ist, dass die Schulen sehr direkt als Vorbilder für die künftigen Generationen wirken können. Die Petenten haben sie als Leuchttürme bezeichnet. Leider hat diese Sichtweise beim Kanton keine Beachtung gefunden. Der Regierungsrat verfolgt die Strategie – was durchaus nachvollziehbar ist –, zu sanieren, umzubauen oder neu zu bauen und dann auf den Dächern mit einer Lebensdauer von mindestens 30 Jahren eine Photovoltaik-Anlage zu installieren. Das ist das übliche Vorgehen und in diesem Rahmen ist keine Beschleunigung möglich. Die UEK wollte zu einem Beschluss kommen, trotz des Informationsbedarfs zur Zusammenstellung der zugebauten Anlagen und ihrer Leistung. Das ist ein Grund für den knappen Antrag auf Abschreibung. Die Zusammenstellung der Schulbauten mit Belegungsjahr, Fläche und Leistung der Photovoltaik-Anlagen ging nach Abschluss der Beratungen in der Kommission ein. Erfreulich ist, dass sich 38 % der verbauten Leistung auf Schulhäusern befindet. Erstaunlich ist aber, dass zwischen 2015 und 2019 keine einzige Photovoltaik-Anlage gebaut wurde. Denn dies wurde gemäss Landratsvorlage aus Spargründen abgelehnt. Die SP-Fraktion ist einstimmig für Stehenlassen des Postulats. Einerseits ist sie zufrieden angesichts dessen, dass sich die Fortschritte klar aufzeigen lassen und der Kanton vorwärts macht. Andererseits ist sie eben nicht zufrieden, weil die Argumentation, dass Schulbauten eine besondere Stellung einnehmen sollten und man daher eine Beschleunigung auch mit einem unkonventionellen Vorgehen erreichen könnte, überhaupt nicht in Betracht gezogen wurde. Realistisch gesehen wird die Zukunft mehr Hitzetage bescheren. Dann wird man über das Kühlen von Schulhäusern nachdenken müssen. Noch nicht sanierte Bauten werden eine Kühlung nötiger haben als sanierte. Befindet sich dann bereits eine Photovoltaik-Anlage auf dem Dach, wäre Strom für die Kühlung vorhanden – und zwar zeitgleich und vor Ort. Das Postulat sollte stehenbleiben.

Robert Vogt (FDP) führt aus, der Regierungsrat habe in seinem Bericht klar darlegen können, dass bereits sehr viel gemacht werde bezüglich der erneuerbaren Energien. Auch nach genauer Nachfrage in der Kommission konnte festgestellt werden, dass viel mehr Anlagen gebaut wurden, als sich Robert Vogt vorgestellt hatte. Besonders erwähnenswert ist, dass der Regierungsrat die Energieeffizienz als Königsdisziplin der erneuerbaren Energien in den letzten zwei Jahren konsequent umgesetzt und grosse Erfolge damit erzielt hat. Deswegen möchte die FDP-Fraktion auf die Vorlage eintreten und wird für Abschreibung stimmen.

Dominique Zbinden (Grüne) berichtet, die Grüne/EVP-Fraktion sei nicht ganz geschlossen. Es gibt Stimmen für Abschreiben und solche für Stehenlassen. Der Ausbau erneuerbarer Energien ist ein wichtiges Anliegen. Es ist der Fraktion wichtig, dass der Kanton möglichst schnell vorwärtsmacht und eine Vorbildfunktion einnimmt, indem er die Schulanlagen mit Photovoltaik-Anlagen eindeckt. Es ist ihr aber auch klar, dass ein erzwungener Ausbau nicht unbedingt zielführend ist. Daher sind einige aus der Fraktion der Meinung, dass heute genügend schnell vorwärts gemacht

werde oder es mit den vorhandenen Mitteln nicht schneller möglich sei. Gerade eine Prüfung der durch die Petenten vorgeschlagenen Provisorien auf Flachdächern erachtet die Fraktion als wünschenswert. Sehr erfreut ist sie darüber, dass ein grosser Anteil der Schulhäuser bereits heute über eine erneuerbare Heizung verfügt.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) sagt, die Mitte-Fraktion anerkenne und würdige das Engagement der Lehrerinnen und Lehrer, die diese Petition – auch in ihrer Vorbildfunktion für die Gesellschaft – unterschrieben haben. Die Bau- und Umweltschutzdirektion hat der Kommission das in den letzten Jahren gesteigerte kantonale Engagement betreffend den Ausbau von erneuerbaren Energien nicht nur auf den Schulhäusern, sondern auf allen kantonseigenen Liegenschaften, die saniert oder neu erstellt werden, darlegen können. Die Richtlinien des Kantons haben sich seit dem Einreichen der Petition geändert. Der Fokus liegt unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel auf der Erfüllung des Netto-Null-Ziels bei Um- und Neubauten. Ebenso wichtig ist die Reduktion des Verbrauchs von Energie, was ebenfalls grosse finanzielle Mittel bei Umbauten und Gebäudeoptimierungen bedingt. Der Fokus ist nicht einseitig auf den Ausbau der Photovoltaik und die Änderung des Heizungssystems bei Schulhausbauten zu legen. Die Investitionen werden laut BUD so gewählt, dass pro investierter Franken eine möglichst hohe Wirkung erzielt werden kann. Die Mitte-Fraktion ist mit dem Vorgehen des Kantons einverstanden und stellt auch aufgrund der knappen Finanzen keinen Anpassungsbedarf fest. Die Mitte-Fraktion spricht sich für Abschreiben des Postulats aus.

Manuel Ballmer (GLP) anerkennt namens der GLP-Fraktion im Bereich der energetischen Sanierungen die Bemühungen des Regierungsrats und der hauptsächlich betroffenen Direktion mit ihren entsprechenden Amtsstellen. Die Fraktion sieht auch die angespannte Finanzlage des Kantons. Sie ist jedoch wie die SP-Fraktion und hoffentlich ein grosser Teil der Grünen nicht für Abschreibung. Dafür gibt es viele Gründe. In den Augen der GLP-Fraktion könnte und müsste der Kanton mehr finanzielle Mittel in den Ausbau der erneuerbaren Energien investieren. Die GLP-Fraktion ist darin gleicher Meinung wie die Petenten und sieht nicht ein, weshalb sich hier nicht mehr bewegt. Die Verwaltung argumentiert hauptsächlich mit den limitierenden Ressourcen und dem grösseren Aufwand, sei es koordinativ oder administrativ. Der GLP-Fraktion fehlt das unternehmerische Denken ein wenig. Die Argumente, die gegen eine Ausschreibung an Dritte beispielsweise ins Feld geführt werden (das sogenannte Contracting), überzeugen sie nicht. Der Kanton könnte seine Betriebskosten nicht nur senken, sondern mit kantonseigenen Objekten zusätzliche Einnahmen generieren. Dies sicher im bescheidenen Rahmen im Verhältnis zu den Gesamteinnahmen. Aber wie heute schon zu hören war: Aktuell drehen die kantonalen Stellen jeden Rappen um. Das Argument, man wolle es selbst machen und Vorbild sein, klingt schon fast ideologisch. Die Frage sei erlaubt, was der Kanton genau selbst mache bei einer Photovoltaik-Anlage auf einem Schulhausdach? Ist man ein grösseres Vorbild, wenn man es selber macht, dafür aber weniger schnell? Dass dies alles eigentlich gut möglich ist, beweisen diverse Beispiele aus der Praxis und diverse Gemeinden, die ebenfalls öffentlich-rechtliche Körperschaften sind und oft über dieselben Bestimmungen verfügen. So sind beispielsweise viele Dächer von Primarschulhäusern an Dritte vermietet. Weshalb ist die GLP-Fraktion für Stehenlassen, auch wenn die Chancen nicht gross sind, dass dies eine Mehrheit findet? Ab Januar 2025 stehen dank dem neuen Stromgesetz auf Bundesebene diverse neue Möglichkeiten zur Verfügung: Es können Zusammenschlüsse Eigenverbrauch (ZEV) und lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) gegründet werden. Ohne auf die Details einzugehen, ist die GLP-Fraktion überzeugt, dass sich damit die Gesamttrendite eines Investitionsprojekts noch viel stärker verbessern wird. Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit seinen Experten und betroffenen Verwaltungsstellen das kantonale Infrastrukturportfolio zu analysieren, die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und die neuen Chancen des Stromgesetzes zu studieren und

mit einer Vorlage zu reagieren, die eine Beschleunigung des Ausbaus auch wirklich erkennbar macht.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) hält fest, es sei sichtbar geworden, dass der Kanton bei diesem Thema vorwärtsmache. Der Regierungsrat beantragt, das Postulat abzuschreiben. Der Regierungsrat hat berichtet und man sieht, dass er daran arbeitet und auf dem Weg ist. Er hat versucht aufzuzeigen, was gemacht werden kann und was nicht, und in einzelnen Aspekten auch, was der Regierungsrat nicht machen will. Weiter hat der Regierungsrat sein Vorgehen erläutert und erklärt, weshalb er andere Dinge nicht ins Auge fassen will. Grundsätzlich kann gesagt werden, der Regierungsrat verfolge das Ziel schon länger, bei den Schulhäusern sogar ganz besonders. Der Kanton hat diese Bauten 2012 von den Gemeinden übernommen. Es handelt sich um einen grossen Brocken mit viel Handlungs- und Erneuerungsbedarf. Regierungsrätin Monica Gschwind freut sich immer, wenn wieder ein Schulhaus fertig wird. Der Kanton arbeitet seit Jahren daran und macht konsequent weiter. Er möchte diese Schulhäuser erneuern, will dies aber richtig tun. Es reicht nicht, einfach ein paar Photovoltaik-Anlagen auf dem Dach zu installieren. Andere Themen wie das erneuerbare Heizen sind ebenfalls wichtig. Dies kann teilweise schneller umgesetzt werden und wird es auch. Darin ist der Kanton schon sehr weit. Regierungspräsident Isaac Reber wäre froh, der Kanton wäre beim gesamten Gebäudebestand an Schulhäusern so weit wie bei den Heizquellen. In den letzten Jahren hat der Kanton massiv an Tempo zugelegt. Wo dies für sinnvoll und richtig erachtet wird, werden Photovoltaik-Anlagen zu- oder ausgebaut. Der Regierungsrat hat jedoch einen Rahmen und ein Verständnis für das Vorgehen: Er schaut die Bauten umfassend an, damit sie nachhaltig sind. Dafür gibt es das Investitionsprogramm als Rahmen. Daraus ist ersichtlich, dass viel in die Schulhäuser investiert wird. Dabei ist genauso wichtig, dass die Gebäudehülle eine gute Qualität aufweist, so dass es im Sommer nicht zu heiss und im Winter nicht zu kalt wird. So kann das Gebäude auch sparsam betrieben und unterhalten werden, was den Finanzdirektor freut. Der Preis für das nachhaltige Vorgehen ist das Tempo. Ein gutes Beispiel dazu: Letzten Freitag wurde das Schulhaus Lochhacker in Reinach eingeweiht. Auf dem Dach hat es selbstverständlich eine Solaranlage. Manuel Ballmer hat ein Bild geschickt, wo er eingezeichnet hatte, dass man auch in der Fassade Photovoltaik installieren könnte. In den Voten vorhin war vielfach die Rede von Dächern, nicht aber von Fassaden. Regierungspräsident Isaac Reber ist mit Manuel Balmer einig, die Fassaden könnten Winterstrom liefern und das muss aus heutiger Sicht geprüft werden. Die ganze Planungsgeschichte der Schulhäuser geht jedoch zurück ins Jahr 2007. Was heute umgesetzt ist und eingeweiht wird, wurde im Wesentlichen um das Jahr 2017 geplant. Wenn man heute neu zu planen beginnen würde, müsste man genau diese Frage prüfen, da sind sich Regierungspräsident Isaac Reber und Manuel Ballmer völlig einig. Aber es sollte immer das Ganze umfassend angeschaut werden. Das Engagement der Lehrerschaft wird gewürdigt. Es ist aber in Erinnerung zur rufen, dass es unter den Immobilien des Kantons nicht nur Schulhäuser gibt. Man könnte beispielsweise auch die Polizei fragen, wie es klimatisch ist in der Gutsmatte, oder den Baudirektor, wie es im Sommer im 6. Stock der Direktion ist. Es ist nicht so, dass nur eine Gruppe behandelt würde und alle anderen zurückgestellt würden. Das geht nicht, sondern es braucht immer eine Gesamtbetrachtung, und diese braucht Zeit und Geduld. Es gibt Stimmen, die sagen, man sollte schneller vorwärtsmachen. Der Redner würde sagen, der Kanton macht so schnell, wie es eben geht, und versucht es auch gründlich und nachhaltig zu machen. Noch ein paar Worte zum Förderpaket, das in der Petition auch angesprochen wurde. Der Regierungsrat wird im nächsten Jahr eine Vorlage bringen. Denn das bestehende Förderpaket läuft Ende 2025 aus. Auch hier muss man den Rahmen betrachten: Der Bund hat bereits angekündigt, dass es möglicherweise weniger Engagement von seiner Seite geben könnte. Bei der Vorlage im nächsten Frühling wird man dann sehen, wer was beitragen wird. Weil jedoch dargelegt wurde, dass der Kanton am Thema arbeitet, kann der vorliegende Vorstoss abgeschrieben werden.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Beschlussfassung*

://: Mit 40:28 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat 2022/364 abgeschrieben.
